

Posener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Annahme-Bureau.
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17) bei C. F. Alrici & Co. Breitestraße 14.
In Gnesen bei Ch. Spindler, in Grätz bei F. Streifand, in L. eferich bei Ph. Matthias.

Annahme-Bureau.
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei C. F. Naube & Co., Haasenfein & Vogler, Rudolph Maje.
In Berlin, Dresden, Göttingen beim „Invalidendank“.

Nr. 841.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Dienstag, 30. November.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaßene Petitzeile ober deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Abonnements auf die Posener Zeitung
pro Monat Dezember werden bei allen Postanstalten zum Preise von 1 Mk. 82 Pfg., sowie von sämtlichen Distributoren und jeder unterzeichneten Expedition zum Betrage von 1 Mark 50 Pfg. entgegengenommen, worauf wir hierdurch ergebenst aufmerksam machen.

Expedition der Posener Zeitung.

§§ Die hamburgische Freihafen-Frage.

Durch die jüngst veröffentlichte Korrespondenz zwischen dem Reichskanzler und einer kleinen Anzahl hamburgischer Handelsfirmen ist die Freihafen-Frage von Neuem auf die Tagesordnung der öffentlichen Erörterung gebracht worden. Es ist deshalb nützlich, sich zunächst zu vergegenwärtigen, was seit den erregten Diskussionen, welche im Frühjahr darüber im Reichstag und in der Presse stattgefunden, in der Angelegenheit geschehen ist. Es läßt sich sehr kurz zusammenfassen: die verschiedenen, gegen die Freihafen-Stellung Hamburgs ausgesprochenen Mittel — sämtlich nach der Methode „folgst du nicht willig, so brauch' ich Gewalt“ — haben sich als unwirksam erwiesen. Der Versuch, einen Theil der Stadt Hamburg gegen ihren Willen in die Zolllinie einzuschließen, war an dem Widerstande, den der Angriff auf ein „Reservatrecht“ im Bundesrathe fand, gescheitert. Man versuchte es darauf mit dem Projekt der Einbeziehung Altonas in das Zollgebiet und mit der Idee, bei Cuxhaven eine Zollgrenze über die Elbe zu ziehen. Aber das Altona betreffende Projekt zeigte die Altonaer in sehr viel größeren Schrecken, als die Hamburger: während die letzteren der Sache sehr ruhig zustehen, erklärte man in Altona, daß die Trennung dieser Stadt von Hamburg, mit dem es geographisch einen und denselben Ort ausmacht, für die erstere ruinirende Folgen habe würde. Wie weit diese Vorstellungen Eindruck auf die Regierung gemacht haben, ist unbekannt; aber Thatsache ist, daß trotz aller Untersuchungen über die beste Art der Einschließung Altonas in das Zollgebiet die Stadt nicht nur noch immer draußen ist, sondern daß man noch nicht einmal in der Lage war, eine Geldforderung für die Durchführung jener Maßregel in den Staatshaushaltsetat für 1881/82 aufzunehmen, weil die Durchführbarkeit eben nach wie vor höchst zweifelhaft ist. Und ganz ebenso steht es mit dem Plane, die jetzt oberhalb Hamburgs liegende Zollgrenze unterhalb dieser Stadt bei Cuxhaven über die Elbe zu ziehen, so daß der Freihafen thatsächlich im Zollgebiete liegen würde. Wie es scheint, haben die näheren Untersuchungen bestätigt, daß man durch eine solche Maßregel zwar den Verkehr einer Anzahl Sand- und Torf-Rähne auf der Unterelbe erleichtern, dies aber nur um den Preis sehr erheblicher Mehrkosten für die Zollkontrolle und großer Belästigungen des Seehandels erlangen und vermuthlich den eigentlichen Zweck doch nicht erreichen, Hamburg nicht zum Eintritt in das Zollgebiet veranlassen würde. Die Freihafen-Frage befindet sich in der That durchaus auf demselben Flecke wie in dem Augenblicke, als man sie so gewaltsam aufwarf; die einzige, bisher erzielte Wirkung ist, daß in Hamburg eine sehr starke Verschiebung der öffentlichen Meinung nach links hin sich vollzogen hat.

Man kann nicht sagen, daß die neueste Phase der Angelegenheit unter besseren Vorzeichen wäre eröffnet worden. Allem Anschein nach war es die Absicht der Unterzeichner der an den Reichskanzler gerichteten Adresse, an Stelle des gereizten Gegenstandes zwischen ihm und der Stadt Hamburg, wie er sich auf Grund der Vorgänge in den ersten Monaten des laufenden Jahres entwickeln mußte, freundlichere Beziehungen herbeizuführen, von denen eine fördernde Einwirkung auf die Gestaltung der Freihafen-Frage erwartet wurde. Aber wenn dies bezweckt werden sollte, so konnte die Sache schwerlich verkehrter angefaßt werden, als indem die Unterzeichner in der gefälligen Schreibweise offiziöser Zeitungen die am Freihafen zur Zeit bestehende große Mehrheit ihrer Mitbürger eines auswendigen Parteirücklichtes geleisteten Widerstandes beschuldigten. Die Antwort liegt bereits in der Gegenerklärung vor, welche 1000 hamburgischer Handlungshäuser, darunter die bedeutendsten der Stadt, dem mit 30 Unterschriften versehenen Schreiben an den Reichskanzler entgegengestellt haben. Sie sowohl, als die Erörterungen der hamburgischen Blätter zeigen, daß der durch die neue Zollpolitik dort herbeigeführte Umschwung in der Anschlußfrage noch unvermindert nachwirkt, und Niemand kann sich darüber wundern. Wenn noch vor wenigen Jahren in Hamburg eine zahlreiche Anschließungsparthei bestand, die einflussreiche Elemente in ihrer Mitte hatte, so erklärte sich das eben so aus der damaligen Handelspolitik, wie sich aus der jetzigen das fast vollständige Verschwinden dieser Partei erklärt. Angesichts einer Handelspolitik,

deren Ziel die Erleichterung des Güterausstausches mit anderen Völkern war, konnte man in Hamburg — und ebenso in Bremen — hoffen, daß die Nothwendigkeit von Zollkontrollen sich innerhalb des deutschen Zollgebietes immer mehr verringern würde, wodurch von selbst auch die Schwierigkeiten für den Eintritt Hamburgs in dasselbe geringer werden mußten. Durch den Uebergang zu einer Handelspolitik, welche den internationalen Verkehr mit feindseligen Blicken betrachtet und eingeständenermaßen gerade wegen der Pflege desselben im hamburgischen Freihafen diesen beseitigen will, ist die Neigung zum Anschluß naturgemäß in ihr Gegentheil umgeschlagen. Man war früher in denjenigen Schichten der hamburgischen Bevölkerung, welche kein unmittelbares Interesse an der einen oder der anderen Entscheidung der Frage hatten, geneigt, den Anschluß zu begünstigen aus der allgemeinen Erwägung, daß die Zugehörigkeit zum Zollgebiete des nationalen Staatswesens das Natürlichste ist; allem Anschein nach hat inzwischen die durch die Angriffe auf die Freihafenstellung herausgeforderte, eingehende und systematische Verhandlung derselben durch die unmittelbaren Interessenten bewirkt, daß in den minder interessirten Kreisen jetzt die früher für begründet gehaltenen Klagen über einzelne hinderliche Folgen des Zollausschlusses als sehr übertrieben, die Befahren des Anschlusses dagegen als außerordentlich große gelten, die durch keine „Garantien“ zu vermindern seien.

Für uns im Binnenlande ist die Stellung zu der Frage so einfach wie möglich. Wir haben nicht den geringsten Grund, Hamburg zum Eintritt in das Zollgebiet zu drängen. Alle Versuche von schützöllnerischer und gouvernermentalischer Seite, glauben zu machen, daß für die Deutschen außerhalb Hamburgs aus der Freihafenstellung schwerer Schaden erwachse, sind gescheitert. Wer einmal in Hamburg war und von dort wieder in das Zollgebiet zurückkehrte, weiß, daß er auf dem Bahnhof sein Gepäck mußte revidiren lassen behufs Verzollung etwaiger zollpflichtiger Gegenstände — eine unlegbare Unbequemlichkeit, aber aus „landsmannschaftlicher“ Gesinnung wohl zu ertragen, wenn sie zur Bewahrung der Weltstellung der ersten deutschen Handelsstadt nothwendig ist. Was man sonst über die angebliche Schädigung des deutschen Wirtschaftslebens behauptete, hat sich, wie gesagt, als haltlos herausgestellt: die behauptete Benachtheiligung des Exports deutscher Waaren ist nicht vorhanden, denn dieser vollzieht sich in durchaus anderer Art, als der schützöllnerische „Zentralverband“, der jene Benachtheiligung nachweisen wollte, sich vorstellt; und die in der offiziösen Presse vielbeklagte Belästigung der Sand- und Torf-Rähne auf der Unterelbe durch Zollkontrollen beruht, wie sich bei näherem Zusehen ergeben hat, nicht auf der Freihafenstellung Hamburgs, sondern auf der meerartigen Beschaffenheit jenes letzten Stückes des Stromes, die besondere Zollbeaufsichtigung nothwendig macht. Unter solchen Umständen haben wir Deutschen im Binnenlande denn doch allen Grund, den Hamburgern ihren Freihafen so lange zu lassen, wie sie selbst ihn behalten wollen, wenn es nicht nur fraglich ist, ob ohne denselben der Welthandel Hamburgs aufrecht zu erhalten ist, sondern wenn außerdem aus dem Schreiben der 30 Hamburger Kaufleute an den Kanzler und aus der Antwort desselben sich ergibt, daß die beschleunigte Herbeiführung des Zollanschlusses uns deutschen Steuerzahlern eine Anzahl von Millionen kosten soll. Ob das Reich einen solchen Zuschuß zu leisten hätte, wenn man in Hamburg selbst den Eintritt in das Zollgebiet für nothwendig hielte, ihn aber auf eigene Kosten nicht vollziehen könnte, oder wenn die Freihafen-Stellung für das übrige Deutschland nachtheilig wäre, das braucht gegenwärtig nicht untersucht zu werden, da keiner dieser beiden Fälle vorliegt. Die Nothwendigkeit, die Hamburger wider ihren Willen, aber auf unsere Kosten glücklich zu machen, kann unter den obwaltenden Umständen nur behaupten, wer meint, jeder vom Reichskanzler — vielleicht nur auf unzutreffenden Rath hin — einmal aufgeworfene Gedanke müsse durchgeführt werden.

Deutschland.

□ Berlin, 28. November. Die „Nordd. Allg. Zeitung“ bringt heute in einem Leitartikel mit Bezug auf die Abgeordnetenhausdebatten betreffend die Judenfrage einen wuthschneidenden Angriff auf die Abgeordneten Richter und Rickert, auf die Fortschrittspartei und die Sezessionisten, dessen Ursprung wohl in der Umgebung des Fürsten Bismarck, d. h. unter denen, die seine Leute genannt werden, zu suchen ist. Dafür spricht die sonderbare Thatsache, daß im Eingange, wo behauptet wird, die Sache der Antisemiten werde durch die „zügellofen Angriffe“ der Abgeordneten Richter und Rickert geädelt, hinzugefügt ist, dieselbe Sache werde in gleichem Maße „durch eine Bertheidigung in der Tonart des Abgeordneten Stroffer degradirt“. Warum bekommt der biedere pietistische Zuchthausdirektor solche schlechte Zensur? Im Hause ist man jedenfalls auf allen Seiten, inklusive der Konservativen, vollkommen darin einig, daß jener Sache der Abgeordnete Stöcker mit seiner Tonart (giftige Aufreizungen zum

Haß unter Versicherungen der Friedensliebe) und mit seinen zahlreichen leichtfertigen Unwahrheiten unendlich geschadet hat, jedenfalls zehnmal mehr, als der Abgeordnete Stroffer, der sich nur des Leichtsinns schuldig machte, dem Berichte einer seiner Zeitungen über eine Stadtverordnetenversammlung unbedingt Glauben geschenkt zu haben. Stroffer hat in den Augen der Leute des Reichskanzlers vermuthlich zwei Sünden begangen. Als er in seiner Rede die Frage aufwarf, wer den Kulturkampf in die Welt gesetzt habe und sie selbst dahin beantwortete, daß es die Fortschrittspartei gewesen sei, und als ihm von fortschrittlichen Bänken: „Bismarck! Bismarck!“ entgegengerufen wurde, kam er dadurch aus dem Konzept und fuhr fort: „Fürst Bismarck? Ja, der hat allerdings auch...“ und versicherte nun, nicht so furchtsam zu sein, die Mitthätigkeit des Fürsten Bismarck auf diesem Gebiete abzuleugnen. Noch schlimmer wird ihm vielleicht die zweite Sünde angerechnet, nämlich, daß er eine antisemitische Stelle aus einer Rede des Fürsten Bismarck in dem vereinigten Landtage zitierte und dadurch den Verdacht bestätigte, der Reichskanzler, der ja vielfach zu den reaktionären Anschauungen seiner Jugend zurückgekehrt ist, unterstütze aus politischen Absichten die Antisemiten. Der heutige Leitartikel nun der „Nordd. Allg. Ztg.“ beschuldigt schließlich „die parlamentarische Position Richter und Rickert, in allernächster Verwandtschaft mit der Position Bebel und Hasselmann außerhalb des Möglichen für den preussischen Staat und das deutsche Reich“ — „außerhalb des Bereichs der Hohenzollern'schen Dynastie“ zu liegen — republikanisch zu sein. In den Kämpfen der Gegenwart handle es sich nur noch um die „Vertretung der hohenzollern'schen Monarchie und des deutschen Kaiserthums“ gegen „die zu ihrer Bekämpfung geeinigten Elemente in Preußen“. Diese Gegner seien nicht nur die Sozialdemokraten, das päpstliche Zentrum, die Polen, Franzosen, ein Däne, sondern auch „die Partei Richter-Rickert, welche nicht deutsche Nationalität, aber die monarchische Gestalt derselben“ bekämpfte. Die Fortschrittspartei ist es längst gewohnt, offiziös als republikanisch verleumdet zu werden, — Bismarck hat öfters die Minister genöthigt, ihre Brekhusaren darin zu rektifiziren. Daß Richter, Jordanbeck, Stauffenberg und Genossen nach der Sezession mit gleichen Verleumdungen traktirt werden würden, war vorauszu sehen. Wenn es so schnell und so ingrimmig geschieht, so liegt dies ohne Zweifel in der Thatsache, daß bisher im preussischen Abgeordnetenhaus — bei der ersten Erörterung, bei der Judenfrage, bei dem Volkswirtschaftsrath — Fortschrittspartei und Sezessionisten einträchtig mit einander vorgingen, die Nationalliberalen in gar unsicherer Position sich ganz ausschwiegen, und die Opposition trotz ihrer geringen Kopfszahl sich in den meisten Fragen den ganz uneinigen Konservativen geistig weit überlegen zeigt. Frhr. v. Minnigerode freilich, der in sich das Zeug fühlt, der Führer einer großen konservativ-kerikalischen Mehrheit zu sein, die leider nicht immer zu Hause ist, möchte der „erdrückenden Minderheit“, der er mit seinem bescheidenen Wissen und seiner unsicheren Logik sich nicht gewachsen fühlt, am liebsten den Mund verbieten. Er sprach gestern die Hoffnung aus, daß die Jagd, die vom Reichskanzler in Barzin „mit auf die Fortschrittspartei“ betrieben und jetzt „von sehr verschiedenen Seiten aufgenommen und mitbetrieben“ werde, „vielleicht noch zum Galali führen könne“. Diese hoffnungsvollen Jagdgenossen will vermuthlich der Leitartikelmann der „Nordd. Allg. Ztg.“ anspornen, indem er den großen Anspruch thut: Wenn die Position Richter und Rickert bisher parlamentarisch noch nicht als republikanisch bezeichnet werde, so liege das „in den Wirkungen des parlamentarischen Byzantinismus, der nicht erlaubt, auf der Triebfeder die Dinge bei ihrem richtigen Namen zu nennen“. Also fort mit der Geschäftsordnung — man erkläre die Opposition gegen Bismarck für vogelfrei.

— Unsere berliner □-Korrespondenz gedenkt des unerhörten Angriffs, welchen die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ gegen die Abgeordneten Richter und Rickert als angebliche Feinde des Reiches und der hohenzollern'schen Dynastie bringt. Der Artikel zeigt mehr als tausend dicke Bücher, wessen man sich von unsern reaktionären zu versehen hat, und wie nöthig es ist, ihnen den entschiedensten und ausdauerndsten Widerstand zu leisten. Der betreffende Artikel lautet:
„Der antisemitischen Bewegung haben wir von vornherein keine Sympathie entgegengetragen. Wir gestehen aber, daß wir dieselbe mit größerem Wohlwollen betrachten, nachdem wir gesehen, mit welchen zügellofen Angriffen die Abgeordneten Richter und Rickert sie bestämpften. Man sagt sich unwillkürlich: an einer Sache, die von diesen beiden Abgeordneten in so heftiger Weise angefochten wird, muß doch wohl etwas Gutes sein. Sie wird durch solche Angriffe in demselben Maße geädelt, wie sie durch eine Bertheidigung in der Tonart des Abg. Stroffer degradirt wird.“
In dem großen Durchschnitte des politischen und sozialen Kampfes, der vor unseren Augen vorgeht, liegt die Grenze der sich bekämpfenden Elemente nicht da, wo die eigentliche Sozialdemokratie beginnt, sondern da, wo das Herunterreißen, Verleumden und Fälschen der gouvernermentalischen Autorität anfängt, um sie in Bresche zu legen, ohne angeben

